Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme
Otto Klemm's Sort. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 164. Sonnabend den 13. Juni 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 14. Juni, Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

150 Mark Belohnung.

Gestern Abend gegen 11 Uhr ist im Rosenthal, unmittelbar hinter dem Schweizerhäuschen, auf dem neben der großen Wiese entlang führenden Fußwege gegen einen Studenten von einem Unbekannten ein Raubanfall verübt worden. Der Thäter hat den Studenten von rückwärts überfallen, zu Boden geworfen und ihm, auf demselben knieend, eine gelbledierne Brieftasche, sowie die Uhr geraubt, ihm auch, als er sich zur Wehr gesetzt, mit einem Messer mehrere Stiche beigebracht.

Der Thäter kann nur insoweit beschrieben werden, als er von großer Gestalt gewesen ist, einen Schnurrbart gehabt hat und dunklen Hut getragen haben soll.

In der Brieftasche haben sich 105 ℳ in einem Hundertmarkschein und einem Fünfmarkschein, ein Schnellphotogramm, eine Gruppe von 7 Studenten darstellend, ein zerrissenes Damenphotogramm, sowie eine alte Paßkarte, 10—12 Stück Visitenkarten, 2 bis 3 Posteinlieferungsscheine und verschiedene quittirte Rechnungen, sämmtliche Papiere auf den Namen Leo von Wierzkowski lautend, befunden.

Wir bitten, jede sachdienliche Wahrnehmung schleunigst zur Kenntniß unserer Criminalabtheilung zu bringen, und sichern Demjenigen, durch dessen Angaben die Ermittelung des Thäters gelingt, die oben ausgeworfene Belohnung zu.

Leipzig, am 12. Juni 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Br.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterung
des Kupfergäßchens
wird **von Montag, den 15. dieses Monats ab** auf die Dauer der Arbeiten dieses Gäßchen für **allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 12. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7133. Dr. Georgi. Leistner.

Freiwillige Versteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen Frauen Agnes verehel. Jänichen geb. Graneß, Frauen Antonie verehel. Gregorius verw. gewes. Wirth geb. Granß, Frauen Adelhaid verehel. Gürchinger verw. gewes. Apitzsch geb. Granß, Herrn Bäcker Robert Granß, Herrn Oscar Granß und der unmündigen Geschwister Günther, als Margarethe, Frieda und Anna eingetragenen, in Leipzig-Neureudnitz gelegenen Grundstücke, als:

a. das an der Reitzenhainer Straße Nr. 49 gelegene Grundstück, bebaut mit einem Vordergebäude, zwei rechten Seitengebäuden, einem linken Seitengebäude und einem Wetterdach, Nr. 14 des Flurbuchs und Folium 10 des Grundbuchs für Leipzig-Neureudnitz,

b. das daran stoßende Feldgrundstück Nr. 15 des Flurbuchs und Folium 11 des Grundbuchs für Leipzig-Neureudnitz,

zusammen auf 58 200 ℳ geschätzt, sollen an hiesiger Amtsgerichtsstelle Zimmer 208

den 27. Juni 1891 Vormittags 11 Uhr

zusammen freiwilliger Weise versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen, sowie die Beschreibung der Grundstücke und die sonstigen Unterlagen liegen in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts zur Einsicht aus.

Leipzig, am 19. Mai 1891.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger.

Anna Hedwig Pauline **Winter** aus Wahlstadt hat hier angezeigt, daß sie ihr unterm 5. April 1887 von der Polizeiverwaltung zu Liegnitz ausgestelltes Dienstbuch am 28. Mai dieses Jahres in hiesiger Stadt verloren habe. Das Buch ist im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, den 6. Juni 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. M.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 10. April 1891, den am 9. April cr. im Rittergutsteiche zu Leipzig-Thonberg aufgefundenen unbekannten weiblichen Leichnam betreffend.

Leipzig, den 9. Juni 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Wbr.

Bekanntmachung.

Der hiesige Kirchenvorstand besteht nach der stattgefundenen Ergänzungswahl außer dem unterzeichneten Pfarrer als dem Vorsitzenden aus den Herren Prof. Dr. Rudolph **Seydel** (stellvertr. Vorsitzender), Comptoirist Carl **Hartmann**, Prof. Dr. Ernst **Hasse**, Buchhändler Hermann **Kirsten**, Ephoralbeamter Julius **Pisbach** (Rechnungsführer), Rechtsanwalt Lebrecht **Scheuffler** (Protokollführer), Diakonus Robert **Schink**, Lehrer Max **Schmidt**, Kanzleisecretair am Reichsgericht Louis **Witt**.

Leipzig-Gohlis, 11. Juni 1891. Dr. W. Seydel, Pastor.

Der Antrag Rickert.

Das Ergebniß der Erörterung des Antrages Rickert auf Vorlegung des Materials über die verfügbaren Getreidevorräthe und über die Ernteaussichten war eine schwere Niederlage der Antragsteller. Sie wollten der Regierung ein Bein stellen und die Agitation für Aufhebung der Getreidezölle in den preußischen Landtag hineintragen, um die Agitation im ganzen Reiche für diese Maßregel zu stützen und neu zu beleben, die Regierung parirte aber den Stoß sehr geschickt und fand in den Herren v. Erffa und v. Huene vortreffliche Secundanten. Die Reden der Herren Richter und Rickert fielen jämmerlich ab gegen die Erklärungen der Minister v. Caprivi und v. Heyden-Cadow, und besonders Herr v. Caprivi führte Richter so tüchtig ab, daß er daran für lange Zeit genug haben wird.

Es ist eine merkwürdige Art, parlamentarisch zu kämpfen, indem man den Gegner für unvernünftig oder für urtheilsunfähig erklärt. Mit welchem Rechte nimmt Herr Richter für sich die bessere Einsicht in Anspruch? Das Urtheil darüber steht dem Hause zu, vor welchem er seine Sache vertritt, nicht ihm, und man hat ihn, der stets mit Zahlen aufzuwarten weiß und daraus mit großer Schnelligkeit und Sicherheit Schlüsse für seine Zwecke zu ziehen pflegt, in Bezug auf seine Anmaßung den Vertretern der Regierung und anderer Parteien gegenüber viel zu viel Nachsicht gewährt. Man hat ihn verwöhnt, so daß er es als sein gutes Recht betrachtet, sich im preußischen Abgeordnetenhause und im deutschen Reichstage als Autorität in finanz- und volkswirthschaftlichen Fragen aufzuspielen. Beide Vertretungskörper haben ein sehr bemerkenswerthes Gegenstück aufzuweisen in der Person des Abgeordneten v. Gneist. Diese Zierde der Berliner Universität hat seit mehr als vierzig Jahren den größten Theil der deutschen Richter und Verwaltungsbeamten zu seinen Füßen sitzen sehen, sie alle haben durch seine lichtvollen Vorträge über Institutionen, Pandekten, Civil- und Criminal-Proceß, über englische Verfassungsgeschichte und englisches Staatsrecht die wissenschaftliche Grundlage für ihren Beruf gewonnen, aber es ist dem verdienten Gelehrten niemals eingefallen, daraus eine höhere Einsicht in juristischen Fragen für sich herzuleiten, als sie der Regierung und den übrigen Mitgliedern der Parlamente zukommt. Parlamente sind keine Hörsäle, in welchen sich der Lehrer einem Kreise von Schülern gegenüber äußert, sondern sie sind der Ort, wo die Vertreter des Volkes nach ihrem besten Wissen und Gewissen und mit voller Gleichberechtigung ihre Stimme erheben.

Die einzige Autorität, welche der Redner zu beachten hat, ist der Präsident des Hauses, der auch nicht die Fähigkeit der Redner zu beurtheilen hat, sondern nur dafür Sorge tragen muß, daß sie bei der Sache bleiben und nicht die parlamentarische Form verletzen. Herr Richter hat den Abgeordneten, welche an der Form seiner Reden Anstoß nehmen, den Vorwurf übertriebener Nervosität gemacht, er hat aber dabei außer Acht gelassen, in wie wegwerfender, von Mangel an guter Lebensart zeugender Art er seine politischen Gegner in öffentlicher Sitzung zu behandeln pflegt. Die Franzosen haben ihre Laur und Cassagnac, die Italiener Imbriani und Cavallotti, in Oesterreich pflegen die Herren von Schönerer und der Jungczeche Gregr die Geduld der Hörer auf die Probe zu stellen, aber der Abgeordnete Richter ist eine deutsche Eigenthümlichkeit, die leider Schule gemacht hat, wie man bei Parteiversammlungen, wo die Freisinnigen unter sich sind, zu beobachten Gelegenheit hat.

Herr v. Caprivi hat am Donnerstag in seiner Erwiderung auf die Rede Richter's die Ungehörigkeit seines Betragens im Parlament so wirksam abgefertigt und dem öffentlichen Urtheil dargelegt, daß wir ihm dafür nicht dankbar genug sein können. Die einleitenden Worte der Rede des Ministerpräsidenten lauteten: „Man wird es begreiflich finden, wenn es nach dem Tone, den der Herr Abgeordnete Richter gegen die Regierung angeschlagen und nach den Attributen, mit denen er sie und mich insbesondere belegt hat — sie fingen mit „unvernünftig" an — mir nicht leicht wird, ihm zu erwidern. Herr Richter wird daraus entnehmen, daß ich, wo ich meine Schuldigkeit zu thun glaube, auch Unangenehmes zu überwinden weiß." Herr v. Caprivi war denn auch in der Lage, die thatsächlichen Angaben des Herrn Richter als unrichtig zu erweisen. Der Minister theilte unter andern mit, daß der Beschluß, auf eine Reduction der Zölle nicht einzugehen, vom Ministerium einstimmig gefaßt worden ist und daß die Angaben, die Herr Richter in der „Freisinnigen Zeitung" über einen Getreidespeculanten gemacht hat, aus den Büchern dieses Mannes als unrichtig erwiesen worden sind. Diese zugleich vornehme und feste Haltung des Ministers v. Caprivi hat dem Ansehen des Abgeordneten Richter einen ganz unberechenbaren Schaden zugefügt; wer den Bericht über die Sitzung unbefangen liest, wird sich schwerlich dem Eindruck verschließen können, daß die freisinnige Partei kaum einen weniger geeigneten Vertreter für die Agitation gegen die Getreidezölle wählen konnte als Herrn Richter.

Die Agitation für die Aufhebung der Getreidezölle bedurfte eines Gegengewichts, das konnte aber nicht von den Landwirthen ausgehen, deren Interesse an der Aufrechthaltung der Zölle die Wirkung einer Gegenbewegung aufgehoben hätte, sondern dieses Gegengewicht konnte nur in der Volksvertretung Ausdruck finden. Das ist in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom Donnerstag in einer Weise geschehen, welche die freisinnige Partei sicher nicht erwartet hatte, denn sonst würde sie sich wohl gehütet haben, sich eine so schwere Niederlage zuzuziehen. Die Agitation im Reiche ist systematisch ins Werk gesetzt worden, sie geht von den Leitern der Freisinnigen und der Socialdemokraten aus, aber sie ist nicht aus der überwallenden Empfindung des Volkes heraus in die Erscheinung getreten. Die bloße Annahme einer vorbereiteten Resolution ohne entsprechende Meinungsäußerungen der unter den hohen Brodpreisen leidenden Besitzlosen kann nicht als der Aufschrei des gepeinigten Volkes gegen rücksichtslose Gewalt gelten. Die große Menge hat nicht die Ueberzeugung, daß der Zoll von fünf Mark die Ursache des Brodpreises ist, sie setzt entschiedenen und sehr berechtigten Zweifel in die Angabe der Führer, daß die Aufhebung des Zolles sich im Sinken des Brodpreises bemerkbar machen würde.

Außerdem ist es sicher, daß Niemand die Bürgschaft dafür übernehmen kann, es werde das Brod nach Aufhebung des Zolles billiger werden. Die Agitatoren legen so großen Werth auf das Material der Regierung über die verfügbaren Getreidemengen und über die Ernteaussichten, und doch ist ein Material, was irgend welche Sicherheit darüber bietet, gar nicht zu beschaffen. Was aber unzweifelhaft ist, das ist das Vorhandensein großer Mengen Getreides, welches nur deshalb vom Markte zurückgehalten wird, weil die Besitzer dafür den möglichst hohen Preis erzielen wollen. Zur Preissteigerung trägt die Beunruhigung wesentlich bei, welche durch die Agitation der Freisinnigen und Socialdemokraten veranlaßt ist. Herr v. Erffa wies in seiner Rede auf die Thatsache hin, daß nach dem neuesten Handelsbericht des größten Amsterdamer Handelshauses der Getreideimport nicht unterblieben wäre, wenn nicht von einer Aufhebung der Getreidezölle die Rede gewesen wäre. Der Redner bat mit Bezug darauf die freisinnige Partei, daß sie zur Beseitigung der wilden und ungesunden Speculation im Getreidegeschäft, die nur unter schwankenden Verhältnissen gedeihen könne, mitwirken möge. Wir schließen uns diesem Ersuchen an, obwohl wir gegen hohe Getreidezölle sind.

Leipzig, 13. Juni.

* **Kaiser Wilhelm** pflegt nicht nur die Sessionen der gesetzgebenden Körperschaften in Person zu eröffnen, er hat auch, wenn besonderer Anlaß vorlag, den Schluß in Person ausgesprochen. So ist die letzte Session des Reichstages, zugleich die letzte der vorigen Legislaturperiode, von Seiner Majestät in Person geschlossen worden. Die große Bedeutung der nunmehr dem Schlusse sich nähernden Landtagssession läßt die Annahme nicht ungerechtfertigt erscheinen, daß auch der bevorstehende Schluß der Landtagssession durch Se. Majestät in Person vollzogen werden dürfte.

* Der **Kaiser** wird in Amsterdam am 1. Juli ankommen. Am 3. Juli besucht der Kaiser Haag und reist Abend nach Rotterdam, wo er nach mehrstündigem Aufenthalt seine Yacht besteigt. Die Königin-Regentin und die junge Königin werden den Kaiser nach Amsterdam und Rotterdam begleiten.

* Die Nachrichten, welche über Herrn **Claudio Matte** aus Chile durch die Presse gehen, bedürfen nach den Mittheilungen der „Münchener Allgemeinen Zeitung" einiger Erläuterung. Herr Claudio Matte weilt seit etwa drei Wochen in Berlin und führte sich hier als Privatmann ein, der, eben aus Chile eingetroffen, in der Lage sei, über die dortigen Verhältnisse zuverlässige Auskunft zu geben. Es stellte sich sehr bald heraus, daß er ein Agent der Congreßpartei ist; seine Bemühungen, das Vorgehen der Congreßleute zu rechtfertigen und für sie Stimmung zu machen, fanden naturgemäß nicht mehr Beachtung, als privaten Bemühungen beigelegt zu werden pflegt. Ende voriger Woche traf jedoch aus Iquique ein officielles Telegramm der Leitung der Congreßpartei ein, durch welches Herr Matte als Agent derselben bevollmächtigt wurde. Er reichte danach unserer Regierung eine Denkschrift ein, die in bekannter Weise das Vorgehen seiner Partei rechtfertigt und in dem Verlangen gipfelt, von Deutschland als kriegführende Macht anerkannt zu werden. Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit ist noch nicht erfolgt. Da der Vertreter Balmaceda's, Hr. Goden, bekanntlich von Kaiser Wilhelm officiell empfangen worden ist, steht Deutschland auf dem Boden, daß die rechtmäßige Regierung nicht in Iquique, sondern in Valparaiso ihren Sitz hat. Ausgeschlossen ist dadurch nicht, daß Deutschland eventuell die Congreßpartei als kriegführende anerkennt. Die Entscheidung kann jedoch nur erfolgen, nachdem festgestellt ist, ob die deutschen Interessen auf diesem Wege besser gewahrt werden. Eine Klärung der Lage muß im Herbst erfolgen, weil dann die Zeit von Balmaceda's Regentschaft abläuft; keineswegs aber läßt sich vorhersagen, ob nicht eine Dictatur Balmaceda's der Präsidentschaft folgt.

* Die **Landgemeindeordnungscommission des preußischen Herrenhauses** hat heute die §§. 2 (Zusammenlegung von Landgemeinden und Gutsbezirken) und 48 (Vertheilung des Stimmrechts) nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses **angenommen.**

* Der engere Ausschuß der **nationalliberalen Partei Badens** trat in Baden-Baden zu einer Berathung zusammen, bei welcher in erster Reihe die zum Delegirtentag der Partei nach Berlin Entsandten Bericht erstatteten. Man erklärte sich mit den dort gefaßten Beschlüssen durchweg einverstanden, insbesondere auch damit, daß die Partei auch fernerhin ihren Mitgliedern völlige Freiheit des Verhaltens hinsichtlich der wirthschaftlichen Fragen gewährleiste, da die nationalliberale Partei, als eine wahre Bürger- und Mittelpartei, die in allen Ständen Angehörige zähle, den Interessen der Gesammtheit gerecht werden müsse. Für die Veranstaltung künftiger Delegirtenversammlungen empfahl man indeß eingehendere Vorbereitung, um den Vereinen und Landesverbänden erschöpfende Vorbesprechungen und eine Einflußnahme auf Feststellung der Tagesordnung möglich zu machen. Besonders warm wurde von der Thatsache Kenntniß genommen, daß Herr v. Bennigsen die **Unantastbarkeit der Schule** als einen der vornehmsten Grundsätze der nationalliberalen Partei bezeichnete, da man sich der Ueberzeugung nicht verschließt, daß die bevorstehenden Kämpfe bei den Landtagswahlen in Baden in ihren letzten Zielen die Erhaltung unserer Volksschule zum Gegenstande haben werden. Trotz aller Zuversicht auf die günstigen Aussichten der Partei bei diesen Wahlen verkannte man doch nicht, daß der Bestand der Partei schwer bedrängt werde werden, und beschloß daher, möglichst bald und mit größter Entschiedenheit in den Wahlkampf einzutreten. Die Abfassung eines Wahlaufrufes wurde einem besonderen Redactionsausschuß übertragen.

* In **Wien** haben **gemeinsame Minister-Conferenzen** stattgefunden, an welcher seitens der gemeinsamen Regierung der Minister des Aeußern Graf Kalnoky und der Reichskriegsminister Baron Bauer, seitens der österreichischen Regierung Ministerpräsident Graf Taaffe und Finanzminister Dr. Steinbach und seitens des ungarischen Ministeriums der Minister am königlichen Hoflager Herr v. Szögyeny und Finanzminister Wekerle theilnahmen. Den Gegenstand dieser Berathung bildeten die Mehrforderungen, mit denen der Kriegsminister in der nächsten Delegations-Session hervorzutreten gedenkt und die er zum Theile bereits im vorigen Jahre den Delegationen angekündigt hat. Unter den Mehrforderungen sollen sich insbesondere solche für Neubauten der Militairverwaltung in Galizien befinden. Die diesjährige Delegationssession wird erst im Spätherbst, voraussichtlich im November stattfinden, die formellen gemeinsamen Minister-Conferenzen zur Feststellung des gemeinsamen Voranschlages sind für den September in Aussicht genommen. Die gegenwärtigen Minister-Berathungen haben diesfalls einen vorbereitenden Charakter.

* Der **Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses** genehmigte das Finanzgesetz, sowie den von dem Generalreferenten Bilinsky erstatteten Bericht, nach welchem der Ueberschuß 3 798 524 fl. beträgt, während in dem Regierungsentwurf nur 2 285 624 fl. vorgesehen waren. Der Bericht constatirt, daß das Budget ein sehr günstiges sei; unter Hinzurechnung der zur Schuldentilgung zu verwendenden 4 Millionen Gulden betrage der Ueberschuß eigentlich 7 798 524 fl. Im Hinblick auf die voraussichtliche Vermehrung der Ausgaben warnt der Bericht vor übermäßigem Optimismus und weist auf die Nothwendigkeit einer Steuerreform und der Valutaregulirung hin. Bei der Berathung über den Antrag des Abgeordneten Plener betreffs Aufhebung des außerordentlichen Zuschlages der kleinen Steuerzahler erklärte der Finanzminister, das Budget pro 1891 könne wegen der im nächsten Jahre voraussichtlichen Ausfälle als Maßstab für die Finanzen nicht angesehen werden. Im Falle der Annahme des Antrags Plener sei ein weiteres Sinken der Einnahmen um 1 400 000 fl. zu erwarten, was nicht gerechtfertigt wäre. Die Finanzverwaltung arbeite an einer Steuerreform und werde hierbei jedenfalls auch die Steuererleichterung der kleinen Gewerbetreibenden in Erwägung ziehen.

* Aus Petersburg meldet die „Polit. Corresp.", der **Kaiser** und die **Kaiserin von Rußland** werden nach Beendigung kurzer Waffenübungen im Lager von Crasnoje Selo ihre **silberne Hochzeit** in Dänemark feiern.

* Ueber den bevorstehenden **Rücktritt des Herrn v. Giers** wird der „Münchner Allgemeinen Zeitung" geschrieben: In Petersburg mehren sich die Anzeichen, daß Herr v. Giers nicht mehr lange am Ruder bleiben wird. Ist sein Einfluß schon lange darauf beschränkt, den Cultus der höflichen diplomatischen Formen in der russischen Diplomatie lebendig zu erhalten, so scheint neuerdings sein körperlicher Zustand jede angespannte Arbeit unmöglich zu machen. Zur Zeit weilt er in Finnland, um nur einmal wöchentlich in Petersburg einzukehren. Die Geschäfte und die Politik werden ohne ihn gemacht. Kürzlich habe ich auf die Wandlungen hingewiesen, die sich im asiatischen Departement des Auswärtigen Amtes in Petersburg vollzogen haben. Kommen diese Herren an das Ruder, so ist eine Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland wohl ausgeschlossen.

* In der **französischen Deputirtenkammer** interpellirte der Abgeordnete **Baudin** in der Sitzung am Donnerstag die Regierung wegen der Haltung der Polizei gelegentlich der am Sonntag auf dem Montmartre stattgehabten **antiklericalen Kundgebung**. Der Minister des Innern, Constans, sprach seine Zustimmung zu dem Verhalten der Polizei aus. Nicht diese, sondern die Manifestanten wären es gewesen, welche Brutalität gezeigt hätten. Die von dem Minister verlangte einfache Tagesordnung wurde darauf mit 438 gegen 45 Stimmen angenommen.

* Das Gesammtresultat der **niederländischen Kammerwahlen** ist folgendes: Gewählt sind 41 Liberale (davon 6 an Stelle von Antiliberalen), 11 Antirevolutionaire, 22 Katholiken. Stichwahlen finden statt zwischen 21 Liberalen einerseits und 13 Antirevolutionairen, 6 Katholiken und 2 Radicalen andererseits. Ferner kommen in Stichwahl 1 Radicaler mit 1 Socialisten und 4 Katholiken mit 4 Antirevolutionairen. In der neuen Kammer wird voraussichtlich eine kleine liberale Majorität vorhanden sein.

* Lord Salisbury erklärte im **englischen Oberhause** bei Vorlegung des englisch-portugiesischen Vertrages, derselbe weiche nur unerheblich von dem vorjährigen Augustvertrage ab, so daß es keiner eingehenderen Rechtfertigung bedürfe. Der Unterschied beider liege hauptsächlich in der Abgrenzung der Gebiete; ob die Veränderungen England oder Portugal mehr begünstigten, sei vor geschehener Grenzabsteckung schwer zu sagen. Bei den Unterhandlungen sei die Regierung von dem Gedanken geleitet gewesen, solche Rechte Portugals anzuerkennen, welche entweder durch Verträge oder durch thatsächliche Besetzung gerechtfertigt erschienen, daher sei das Gebiet Gungunhanas als unter Portugals Einfluß stehend anerkannt. Der Vertrag sei von Rücksichten der Billigkeit und dem ernsten Wunsche dictirt, das Völkerrecht aufrecht zu erhalten und freundschaftliche Beziehungen mit Portugal zu erneuern und fortzusetzen.

* Im **englischen Unterhause** erklärte der Unterstaatssecretair des Auswärtigen, Fergusson, auf eine Anfrage, der chinesische Zollbeamte Green und der britische Agent der Wesleymission seien in **Wusuch ermordet worden**. So weit bekannt, sei sonst Niemand getödtet. Die meisten dortigen britischen Unterthanen seien in Sicherheit.

* **Labouchere** erklärt in einem Briefe, daß Crispi im Jahre 1887 Bedenken getragen habe, den Vertrag der **Friedens-Allianz** zu erneuern, da die italienischen Küsten nicht gedeckt seien gegen die Angriffe der französischen Flotte. Salisbury habe darüber mit Bismarck verhandelt und Italien bewogen, den Vertrag zu unterzeichnen, indem er dargethan habe, daß im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und den verbündeten Mächten England im Mittelländischen Meere vorgehen werde.

* Der in letzter Woche auf einer Versammlung von Parlamentsabgeordneten unter dem Vorsitz Herrn Chamberlains begonnene **Altersversicherungsfeldzug in England** trägt bereits die ersten Früchte. Der Abgeordnete Vincent wird an den ersten Lord des Schatzamtes die Frage stellen, ob die Regierung — angesichts der kürzlich amtlich festgestellten Thatsachen, daß aus der Bevölkerung im Alter von mehr als 60 Jahren von 7 Personen je 1 auf das Armenhaus angewiesen sei, und daß dieses Verhältniß bei über 75 Jahre alten Personen 1 zu je 3 betrage — bereit sei, eine Commission zu ernennen, welche im Verein mit den verschiedenen Wohlthätigkeitsgesellschaften die Frage der Altersversicherung erörtern soll.

* Das **englisch-portugiesische Abkommen** ist unterzeichnet worden. — Wie verlautet, wird die **portugiesische** Regierung nach Schluß der Cortes den wegen politischer Vergehen Verurtheilten Strafmilderung gewähren.

* **Nachdem der rumänische Senat** die Adresse mit 61 gegen 4 Stimmen angenommen hat, wobei der Ministerpräsident und der Finanzminister dafür eingetreten waren, empfing der König die Deputation des Senates, welche die Adresse überreichte. Die Kammer hat mit großer Majorität den Gesetzentwurf, betreffend die Stellung der Officiere, genehmigt.

* Wie die „Agence balcanique" versichert, entbehren die Belgrader Meldungen von **bulgarischen Truppenanhäufungen** an der serbischen Grenze jeder Begründung. Ein Theil der Landwehr sei zu einer dreitägigen Uebung an der östlichen Grenze einberufen. An der Westgrenze finde keinerlei Truppenconcentration statt.

* Das vom **Belgrader Savaverein** zu Ehren des vormaligen griechischen Ministerpräsidenten Trikupis geplante Bankett wurde aus politischen Gründen aufgegeben. Einem zu Ehren Trikupis' veranstalteten Diner wohnten die Minister bei.

* Nach mehrfachen Berichten soll sich der einst als Candidat für den bulgarischen Thron vielgenannte **Fürst von Mingrelien** kürzlich in Wien aufgehalten haben oder noch immer dort anwesend sein. Wie aus Wien geschrieben wird, weiß man indeß dort nichts Näheres hiervon und dürfte, da auch seit seiner Candidatur für den bulgarischen Thron nicht

SLUB
Wir führen Wissen.